Panik vor und Vertrauen in die Zukunft

Vortrag
im Rahmen der Feierlichkeiten
zum Stadtjubiläum
800 Jahre Dresden
Themenbereich ZukunftsWerk Stadt / ZukunftsBild Dresden
am 3. November 2006, 19:30 Uhr

Gerald Mackenthun (Berlin)

Geschrieben 2006; ins Netz gestellt April 2011

Nichts bessers weiß ich mir an Sonn- und Feyertagen,
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrey,
Wenn hinten, weit, in der Türkey,
Die Völker auf einander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus,
Und segnet Fried` und Friedenszeiten.

Goethe: *Faust*

Inhalt

1 Einleitung 1

2 Angst und Panik als klinische Größe 2

2.1 Zwischenergebnis 5

2.2 Formen der Angststörung 5

3 Die Angst der Deutschen 6

4 Das Verlangen nach Sicherheit 12

5 Die Notwendigkeit des Vertrauens 15

6 Zusammenfassung 21

Literaturverzeichnis 23

Weitere Informationen über psychische Krankheiten 24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vier-Wochen-Prävalenz psychischer Störungen 3
Abbildung 2: Psychische Störungen und Ausfalltage in den letzten 12 Monaten 4
Abbildung 3: Angst in West- und Ostdeutschland (Ländergrafik) (1) 7
Abbildung 4: Angst in West- und Ostdeutschland nach Bundesländern (2) 8
Abbildung 5: Angstindex der Deutschen 1991-2006 8
Abbildung 6: Die 7 größten Ängste der Deutschen 2006 9
Abbildung 7: Schere zwischen Ost und West geht auseinander 10
Abbildung 8: Ost-West-Vergleich aller Ängste 10
Abbildung 9: Die Sachsen haben große Angst vor 11

Kurzfassung

Gegenstand der hier vorgestellten Arbeit sind Überlegungen zur „Angst vor der Zukunft“ und zu einem denkbaren „Antitoxin“ gegen Angst, dem Vertrauen. Zunächst werden klinische Daten zur Prävalenz von Angst- und Panikstörungen in der deutschen Bevölkerung anhand des Bundesgesundheitssurveys 1998/99 und dessen Zusatzsurvey „Psychische Störungen“ vorgestellt. Anschließend wird dem Phänomen „Angst der Deutschen“ anhand neuester Zahlen (2006) der jährlichen Befragung der R+V-Versicherung (Wiesbaden) nachgespürt. Diesem mit Zahlen und Tabellen unterlegten Teil folgen teils philosophische, teils psychologische Denkübungen zur mutmaßlich wachsenden Unsicherheit in den westlichen Gesellschaften, zu ihren Ursachen, zum ebenfalls wachsenden Sicherheitsbedürf-

nis und zum schrumpfenden Vertrauen in Zukunft, Politik und Demokratie. Laut Niklas Luhmann sind wir unweigerlich auf Vertrauen angewiesen, da wir aufgrund zunehmender Komplexität der Welt unsere sozialen Beziehungen und Interaktionen schon lange nicht mehr voll überschauen und kontrollieren können. Vertrauen ist in die Zukunft gerichtet und mit dem Risiko des Vertrauensmissbrauchs behaftet. Abschließende Reflexionen kreisen darum, wie dem Verlust von Zusammenhalt, Solidarität und Vertrauen begegnet werden könnte.

Schlagwörter: Angst, Panik, psychische Störung, Unsicherheit, Zukunft, Vertrauen, Misstrauen, Sicherheit, Staat, Gesellschaft, Gemeinschaft, Demokratie, Solidarität, Zusammenhalt, Bürger, Freiheit

Abstract

The subject of the work are considerations about „the fear of the future“ and to a conceivable „antitoxin” against fear, the confidence. At first clinical data are presented to the prevalence of fear and panic disturbances in the German population on the basis of the Bundesgesundheitssurvey 1998/99 and its additional survey „psychological disturbances“. Subsequently, the phenomenon „Fear of the Germans” is traced on the basis of newest numbers of the annual questioning of the R+V insurance (Wiesbaden). This part is underlaid with numbers and tables. Partly philosophical, partly psychological exercises are following to the presumed increasing uncertainty in the western societies, their causes, likewise growing security needs and the shrinking confidence in the future, politics and democracy. With Niklas Luhmann we are inevitably dependent on confidence, since we cannot over-look and control our social relations and interactions due to increasing complexity of the world. Confidence is directed toward the future and is afflicted with the risk of abuse of confidence. Concluding reflections deal with how we could come up against the loss of co-operation, solidarity and confidence.

Keywords: fear, panic, psychological disturbance, uncertainty, future, confidence, distrust, security, society, community, democracy, solidarity, co-operation, citizen, liberty

1 Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Exzellenzen,

sehr geehrter Herr Eckhardt,

ich bin eingeladen worden als Mitautor des Buches „Die Panik-Macher“, ein Buch, das im Jahre 2001 erschien. Es ging Prof. Walter Krämer und mir in diesem Buch darum, wirkliche Gefahren von „gefühlten“ Gefahren abzugrenzen. Das Titelbild, falls Sie es schon einmal gesehen haben, soll einen Hasen darstellen, der vor lauter Angst die Pfoten vor das Gesicht schlägt. Wenn sie genauer hinschauen, so handelt es sich um ein Kaninchen.

Wie auch immer. Prof. Walter Krämer von der Universität Dortmund und ich haben beruflich viel mit Risiken und der Angst vor Risiken zu tun; Prof. Krämer als Wirtschafts- und Sozialstatistiker, ich als ehemaliger Wissenschaftsredakteur und seit ein paar Jahren als Psychotherapeut. Als Journalist waren meine Kollegen und ich immer wieder mit realen oder vermeintlichen Skandalen befasst, vor allem mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln, mit Pestizidrückständen in Erdbeeren, mit dem „Rinderwahnsinn“ BSE, mit den Folgen von Tschernobyl usw. In Psychologie, Psychotherapie und Psychiatrie spielen Ängste und Panikattacken eine zentrale Rolle. Wobei ich hoffe, dass meine Ängste immer etwas kleiner sind als die meiner Patienten. Angst und Panik liegen oftmals nahe beieinander, Panik ist – einfach gesagt – die anfallsartige Steigerung der Angst ins Unerträgliche und Lähmende.[1]

In anderen, nicht klinischen, eher feuilletonistischen Zusammenhängen ist von der „German angst“ als „German desease“ die Rede. Die Deutschen hätten Angst vor der Zukunft, vor Visionen, vor Entscheidungen, vor der Türkei, vor Krankheit und vor allem – siehe oben – vor Arbeitsplatzverlust.[2] Ob diese Angst als deutsches Spezifikum existiert ist umstritten. Auch in anderen Ländern werden Bevölkerungsgruppen von Ängsten gelähmt, und Angst als Gefühl der Endlichkeit des eigenen Lebens gehört zur *Conditio humana*. Und doch spüren nicht wenige in Deutschland eine Verzagtheit relevan-

---

[1] Als Warnsignal weist Angst, ähnlich wie akuter Schmerz auf mögliche Bedrohungen hin und bereitet unseren Körper durch die Ausschüttung von Stresshormonen zum Kampf oder auf Fluchtreaktionen vor. Angst ist daher ein erblich verankertes Reaktionsmuster, das überlebensnotwendig ist. Nach Beseitigung der Bedrohung lässt die Angst nach. Krankhafte Angst: Bei „krankhaften Ängsten entgleist das natürliche Alarmsystem und es wird Fehlalarm ausgelöst. Krankhafte Angst liegt vor, - wenn Angst „aus heiterem Himmel“ auftritt und Anfälle ohne Auslöser auftreten. - wenn die Angst unangemessen stark ist (ausgeprägte Panik beim Anblick einer Spinne). - wenn die Angst auf Dauer nicht durch eigene Anstrengungen überwunden werden kann. In fortgeschrittenen Stadien von Angsterkrankung kommt es zu Vermeidungs- und Rückzugsverhalten sowie Selbstbehandlungsversuchen mit Alkohol, Nikotin, Drogen, Beruhigungs- und Schmerzmitteln

[2] Horx, Matthias (2005) Die fatale Angst der Deutschen vor Visionen, Hamburger Abendblatt, 03.09.2005; http://www.abendblatt.de/daten/2005/09/03/478239.html

ter Bevölkerungsteile, eine eingeschläferte Freiheitsfähigkeit (wie es Guy Kirsch kürzlich ausdrückte[3]), einen mangelnden Unternehmergeist, eine hypertrophe Versorgungserwartung an „den Staat“ bei gleichzeitig gesteigertem Misstrauen eben diesem Staat gegenüber.

Der Titel meines Vortrags lautet offiziell „Bürgervertrauen oder Panik vor der Zukunft“. Gestatten Sie mir, dass ich die Reihenfolge umkehre und zunächst über Angst und Panik spreche, um dann auf das starke Verlangen der Menschen nach Sicherheit und die Notwendigkeit von Vertrauensbildung im öffentlichen Raum einzugehen. Damit hoffe ich einen Beitrag dazu zu leisten, dass die angenehmeren Teile des Vortrags Ihnen eher im Gedächtnis bleiben.

2 Angst und Panik als klinische Größe

Es gibt mehrere Möglichkeiten, sich dem Thema Angst und Panik in der Bevölkerung zuzuwenden, zwei davon möchte ich herausgreifen: zum einen die epidemiologischen Daten zu Prävalenz[4] (und Inzidenz[5]) von krankheitswertiger Angst und Panik in der Bevölkerung, zum anderen repräsentative Umfragen in der Bevölkerung im Sinne von Selbstauskunft über sozialpolitische Befindlichkeiten.

Dabei ist zu beachten, dass epidemiologische Daten in der Forschungsliteratur oft erhebliche Schwankungen und Unterschiede aufweisen. Dies liegt an unterschiedlichen Ein- und Ausschlusskriterien hinsichtlich der Definition der Störung, dem Einbezug sämtlicher Manifestationen oder nur bestimmter Schweregrade etc.. Deshalb sind die nachfolgend genannten und aus der Fachliteratur zusammengestellten Zahlen nur als grobe Anhaltspunkte zu werten.

Seit Ende der 90er Jahre verfügt die Bundesrepublik über gutes Zahlenmaterial über den Umfang psychischer Störungen in der Bevölkerung. Im Rahmen des Bundesgesundheitssurveys 1998/99 und dessen Zusatzsurvey „Psychische Störungen“ (letztere erhoben vom Max-Planck-Institut für Psychiatrie, München), wurden in einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Allgemeinbevölkerung (18 bis 65 Jahre, N=4181) psychische Störungen zusammen mit ausgewählten Indikatoren der Inanspruchnahme des Gesundheitssystems und mit Ausfalltagen erstmals allgemeingültig für die erwachsene Bevölkerung erfasst.

Laut Zusatzsurvey „Psychische Störungen“ erlebten im Jahr der Erhebung 32 % der erwachsenen deutschen Bevölkerung im Alter von 18-65 (=15,6 Millionen) länger oder

---

3 Kirsch, Guy (2005) Angst in Deutschland. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.10.2005, S.15

4 Krankheitshäufigkeit: wie viele Menschen einer bestimmten Gruppe (Population) an einer bestimmten Krankheit erkrankt sind. Sie gibt eine absolute Häufigkeit an, meist zu einem genau bestimmten Zeitpunkt

5 in der medizinischen Statistik die Anzahl der Neuerkrankungen in einer Bevölkerungsgruppe an einer bestimmten Krankheit während einer bestimmten Zeit

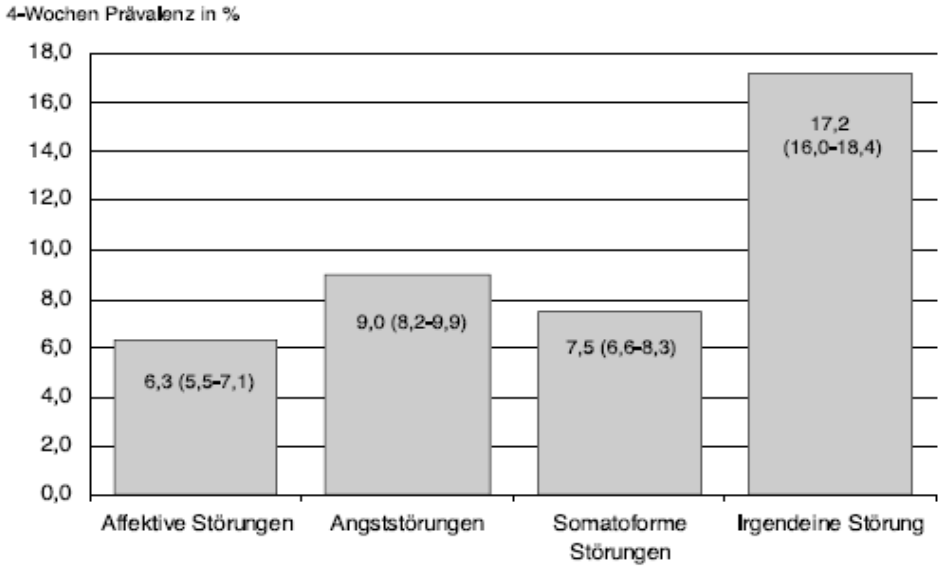
kürzer eine oder mehrere psychische Störungen.[6] Diese Gesamthäufigkeit mag hoch erscheinen, doch relativiert sich der Eindruck, wenn man bedenkt, dass auch psychische Folgeerscheinungen des besonders häufigen Alkoholmissbrauchs mit erfasst sind.

Der deutsche Survey ist gemäß der international üblichen Klassifikation von Krankheiten unterteilt in drei Hauptgruppen:

- Angststörungen,
- somatoforme und
- affektive Störungen.

Ich möchte hier nicht weiter auf die einzelnen Definitionen eingehen; in unserem Zusammenhang interessieren vor allem die Angsterkrankungen. 9% aller 18–65-jährigen erfüllten zum Untersuchungszeitpunkt die Kriterien einer *Angststörung*.[7]

Abbildung 1: Vier-Wochen-Prävalenz psychischer Störungen



Quelle: Wittchen et al. (1999)

[6] Jeder dritte Betroffene (36%) steht oder stand im Jahr vor der Erhebung wegen der psychischen Störung in Kontakt mit ambulanten oder stationären psychiatrisch/psychotherapeutischen Diensten oder seinem Hausarzt. Ferner ergaben sich zum Teil markante regionale Unterschiede (z. B. besonders schlechte Versorgungslage in Regionen, die weder über eine nahe Universität noch über psychotherapeutische Weiterbildungsinstitutionen verfügen).

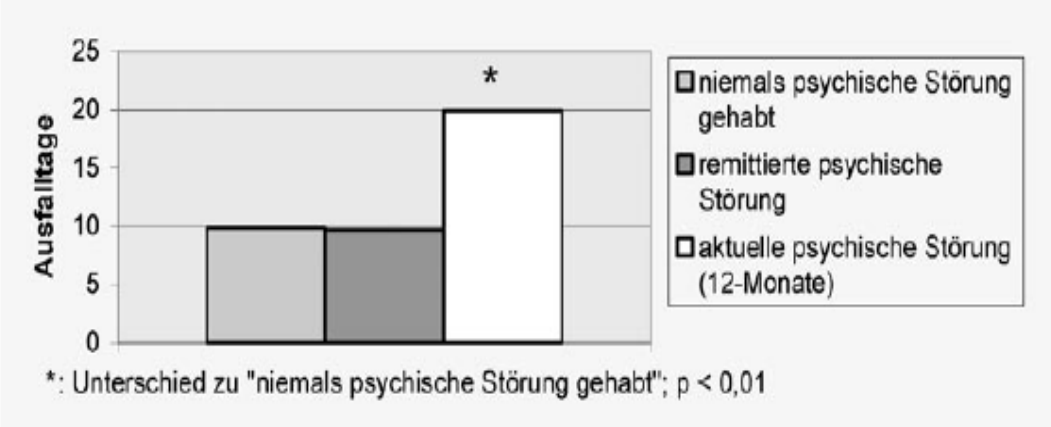
[7] 7,5% einer somatoformen und 6,3% die einer affektiven Störung. Die *Angststörungen* umfassen F40.0 Agoraphobie, F40.1 Soziale Phobie, F40.2 Spezifische Phobie, F40.8 Sonstige phobische Störungen, F41.0 Panikstörung, F41.1 Generalisierte Angststörung sowie F42.0 Zwangsstörung. Bezüglich *somatoformer Störungen* werden hier F45.0 Somatisierungsstörung, F45.1 Undifferenzierte Somatisierungsstörung, F45.2 Hypochondrische Störung und F45.4 Anhaltende somatoforme Schmerzstörung berücksichtigt. Die *affektiven Störungen* umfassen folgende spezifische Diagnosen gemäß der ICD-10-Klassifikation: F30 Manische Episode, F31 Bipolare affektive Störung, F32 Depressive Episode, F33 Rezidivierende depressive Störung sowie F34.1 Dysthymie (Wittchen et al. 1999)

Frauen waren insgesamt von jeder Störungsgruppe signifikant häufiger betroffen als Männer. Personen in den neuen Bundesländern weisen eine signifikant niedrigere Prävalenzrate auf (über alle drei Störungsbilder). Die ermittelte Gesamtprävalenz wie auch die Häufigkeit der einzelnen Störungen decken sich weitgehend mit entsprechenden Daten aus den USA, Kanada, Australien und Großbritannien. [8]

In den 12 Monaten vor Durchführung der Untersuchung hatten 20 % der Frauen und 9,2 Prozent der Männer irgendeine Angststörung, zusammen 7,0 Millionen Erwachsene. 3 % der Frauen und 1,7 Prozent der Männer berichteten von einer Panikstörung, zusammen 1,1 Millionen Erwachsene (Mehrfachnennung war möglich). Panikstörungen treten deutlich weniger auf als Angststörungen.

Die Auswirkungen derartiger Erkrankungen sind erheblich. Gesunde Menschen sowie Menschen mit remittierter psychischer Störung sind im Schnitt 10 Tage pro Jahr krank und fallen berufsmäßig aus, Menschen mit psychischer Störung hingegen fallen 20 Tage pro Jahr aus.

Abbildung 2: Psychische Störungen und Ausfalltage in den letzten 12 Monaten



Quelle: Wittchen et al. (1999)

Die bundesdeutsche Studie hat ferner verdeutlicht, dass psychische Störungen nicht zwangsläufig chronische Erkrankungen sind. Der Anteil der Spontanremissionen ist hoch.

[8] Neuere, methodisch besonders sorgfältig durchgeführte Untersuchungen in den USA [Kessler et al. 1994], Kanada [Lin et al. 1997] und Australien [Andrews et al. 1999] lassen erkennen, dass fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung im Verlauf eines Jahres von einer psychiatrischen Erkrankung betroffen ist – jüngere Altersgruppen ebenso wie ältere. Diese Studien konnten auch aufzeigen, dass [Andrews et al. 1999] psychiatrische Erkrankungen häufig mit erheblichen psychosozialen Einschränkungen, insbesondere hinsichtlich Arbeitsproduktivität und Lebensgestaltung, wie auch mit deutlich erhöhten Arbeitsunfähigkeitszeiten verbunden sind und [Lin et al. 1997] nur ungefähr ein Drittel aller Betroffenen auch eine Behandlung erhält.

2.1 Zwischenergebnis

Psychische Störungen sind keine seltenen Erkrankungen. Ausmaß und Folgen sind dabei höchst variable: Einige erkranken nur episodisch kurzzeitig über Wochen oder Monate, andere längerfristiger.

Nur wenige Hinweise auf eine Zunahme. Es gibt nur wenige indirekte Hinweise für einen Anstieg der Prävalenz von psychischen Störungen in der EU in den 90er Jahren; Ausnahme sind die ansteigenden Raten depressiver und Suchterkrankungen. Ebenso gibt es keine Befunde für bedeutsame Unterschiede zwischen EU-Ländern oder -Regionen hinsichtlich der Auftretenswahrscheinlichkeit von psychischen Störungen.

Eine reine Angststörung oder eine reine Panikstörung tritt verhältnismäßig selten auf. Die häufigsten Muster sind früh auftretende Angststörungen, die dann im weiteren Verlauf von somatoformen, Sucht- und depressiven Erkrankungen gefolgt werden. Unbehandelt verschwinden viele der hier betrachteten Symptome wieder, doch in nicht wenigen Fällen verschlimmern und chronifizieren sich die Leiden. Alle diese Krankheitsbilder sind behandlungsbedürftig.

2.2 Formen der Angststörung

Angststörungen umfassen eine Gruppe unterschiedlicher Krankheitsbilder. Zu nennen wäre zunächst einmal die Phobien.

Eine Phobie ist die unbegründete und anhaltende Angst vor Situationen, Gegenständen, Tätigkeiten oder Personen. Sie äußert sich in der Unmöglichkeit, die betreffenden Situation von sich aus und ungezwungen aufzusuchen. Die am häufigsten vorkommenden Phobien sind die Angst vor Fahrstühlen und Rolltreppen, vor dem Fliegen oder dem Autofahren und vor Hunden oder der Haut, die sich auf abkühlender Milch bildet.

Um zwischen „normalen Ängsten“ und phobischen Störung zu unterscheiden, werden folgende Kriterien für eine phobische Störung herangezogen:

1. die Angst ist der Situation erkennbar nicht angemessen
2. die entsprechenden Angstreaktionen halten deutlich länger an, als nötig wäre
3. die besonders geartete Angst ist durch die Betroffenen weder erklärbar, beeinflussbar noch zu bewältigen
4. die Ängste führen zu deutlichen Beeinträchtigungen des Lebens der Betroffenen.

Die zweite Untergruppe heißt *Soziale Phobie*, die Angst vor sozialen Kontakten. Im Extremfall meidet der Betreffende alle Kontakte außer Haus – auch die Gänge zum Einkaufen oder in Ämter werden ihm unmöglich – und er kann seine Wohnung nur noch in Begleitung verlassen.

Ferner gibt es ganz spezifische, eng umschriebene Phobien, wie die vor Spinnen oder vor dem Autobahnfahren mit einem Tempo über 130 km/h oder vor Höhen.

Alle diese Phobien haben einen benennbaren Anlass oder Auslöser.

Wir kennen aber auch die *generalisierte Angststörung*, die nicht auf benennbare Situationen oder Auslösern beruht.

Die *Panikstörung* wird in Abgrenzung zur Angststörung definiert als episodische anfallsartige Angstattacke mit auch starken körperlichen Symptomen, oftmals mit einem körperlichen Auslöser, beispielsweise einem Schmerzen in der Herzgegend, manchmal aber auch aus „heiterem Himmel".

In unserem Zusammenhang ist der Hinweis angebracht, dass die „Angst vor der Zukunft" in der medizinischen Fachliteratur nicht vorkommt, doch kann angenommen werden, dass sie sich manchmal hinter einer generalisierten Angststörung verbirgt, deren Grund und Ursache der Kranke zunächst nicht angeben kann. Auch kann im Prinzip hinter fast jeder psychischen oder psychosomatischen Störung die Angst vor der Zukunft eine Teilrolle spielen, vor allem in der Depression oder in sogenannten Konversionsstörungen, wenn nämlich ein seelischer Schmerz in ein körperliches Symptom „umgewandelt" wird. In so gut wie allen schwereren Erkrankungen spielt die Zukunftsangst oder – genauer gesagt – der *Verlust der Zukunft* ein wichtige Hintergrundrolle.

Wenn im folgenden von der *Angst der Deutschen* die Rede ist, dann nicht im Sinne einer Krankheit oder Störung, sondern als ein Lebensgefühl, das im Licht der eben erwähnten, möglichen ungünstigen Krankheitsverläufe dennoch mit Aufmerksamkeit, vielleicht sogar mit Sorge betrachtet werden sollte.

3 Die Angst der Deutschen

Es gibt regelmäßig Befragungen zum Angstniveau von Bevölkerungen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die allermeisten Deutschen sehen im Job-Verlust kein Glück, sondern haben Angst davor; deutlich mehr als die Bürger im übrigen Europa. Eine Studie des Marktforschungsinstituts GfK (Nürnberg) ergab im Juli 2005, dass 81 Prozent der Deutschen die Arbeitslosigkeit als drängendstes Problem empfinden. In Polen sind es immerhin 63 Prozent, in Großbritannien dagegen nur vier Prozent.[9]

Ich möchte auf eine Langzeitbefragung zur Angst der Deutschen eingehen, die mir besonders aussagekräftig zu sein scheint. Seit 1991 lässt die Wiesbadener R+V Versicherung jedes Jahr in einer repräsentativen Umfrage die Ängste der Deutschen ermitteln, so dass sich eine Entwicklung gut ablesen lässt.[10]

---

[9] Anonymus (2005) Der Deutschen größte Angst, Süddeutsche Zeitung, 26.07.2005 ; http://stellenmarkt-content.sueddeutsche.de/jobkarriere/erfolggeld/artikel/476/57419/

[10] R+V-Infocenter (2006) Die Ängste der Deutschen, Wiesbaden; http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste_deutsche_2006.jsp

Abgefragt werden 15 Gefahren des Lebens: Angst zu erkranken etwa, oder die Angst vor Vereinsamung. Dieses Jahr (2006) haben mehr als 2.400 Bundesbürger ab 14 Jahren vom 16. Juni bis 14. Juli zu ihren Ängsten Auskunft gegeben.

Auf einer Skala von 1 („gar keine Angst“) bis 7 („sehr große Angst“) stuften sie ein, wovor sie sich fürchten. Die Prozentwerte „große Angst“ beziehen sich auf die Anzahl der Deutschen, die ihre Angst zu dem jeweiligen Aspekt mit 5, 6 oder 7 eingestuft haben.

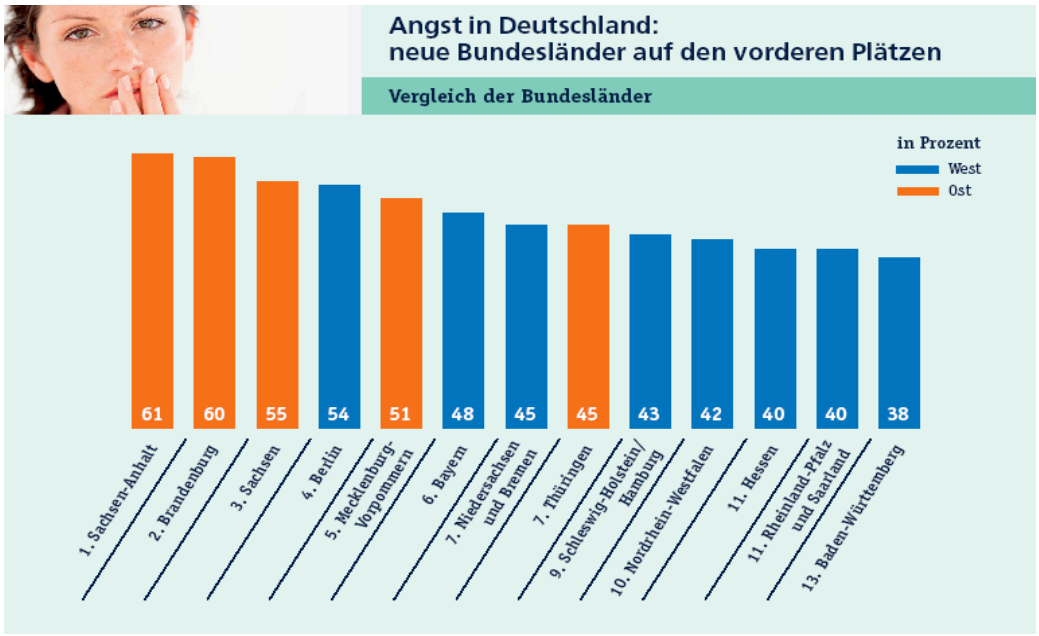
Sie erinnern sich: Laut Gesundheitssurvey/Zusatzsurvey der Bundesregierung weisen Personen in den neuen Bundesländern eine signifikant niedrigere Angst-Rate auf, als die Bürger der alten Bundesländer. Es überrascht deshalb einigermaßen, von der R+V-Versicherung zu hören, dass die Schere zwischen Ost und West deutlich auseinandergeht und im Osten das Angstniveau deutlich höher liegt als im Westen. Im Westen besserte sich die Stimmung von 2005 auf 2006 spürbar, gleichzeitig haben die Ängste in den neuen Bundesländern den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Im Osten Deutschlands haben 55 Prozent der Menschen große Angst vor der Zukunft. Im Westen dagegen ist diese Zahl von 50 auf 43 Prozent gesunken.

Abbildung 3: Angst in West- und Ostdeutschland (Ländergrafik) (1)

Quelle: R+V-Versicherung, Grafik Berliner Morgenpost

Eine zweite R+V-Grafik zeigt die Rangfolge der Bundesländer.

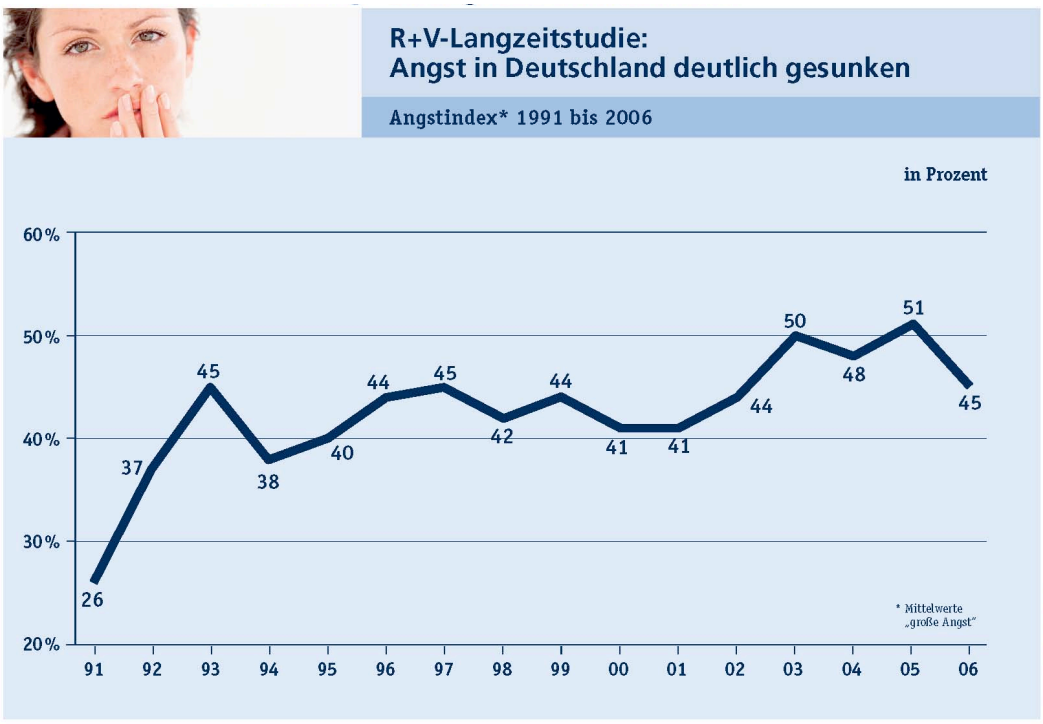
Abbildung 4: Angst in West- und Ostdeutschland nach Bundesländern gestaffelt (2)



Quelle: R+V 2006

Andererseits und erfreulicherweise: Das allgemeine Angstniveau ist von ungefähr 50 % in den Jahren 2003-2005 auf 45 % in 2006 gesunken.

Abbildung 5: Angstindex der Deutschen 1991-2006

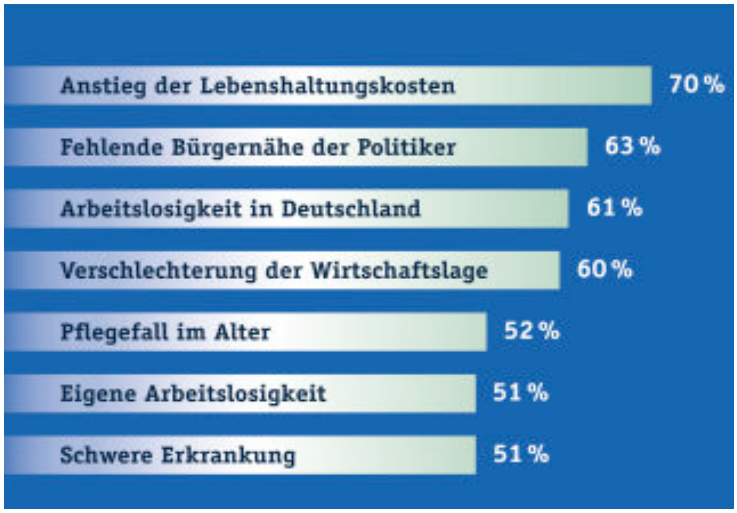


Quelle: R+V 2006

Erklärungen für den Rückgang seien die seit Herbst 2005 verbesserte wirtschaftspolitische Stimmung und die Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs in 2006.

Die Hitliste der Ängste führen steigende Preise an; 70% der Befragten fürchten sich vor steigenden Lebenshaltungskosten. Diese Furcht steht seit Jahren beinahe durchgängig auf Platz 1. Platz 2 laut R+V-Befragung: Unzufriedenheit mit Politikern, genauer gesagt mit deren „fehlender Bürgernähe“ (obwohl Unzufriedenheit eigentlich keine Angst ist). Wie auch immer, zwei Drittel der Deutschen (63 %) stellen „den Politikern“ ein schlechtes Zeugnis aus. Damit hat sich dieses Thema in diesem Jahr vom 6. auf den 2. Platz nach vorn geschoben. An dritter Stelle steht die Angst vor Arbeitslosigkeit (61 %), dicht gefolgt von der Angst vor einer Verschlechterung der Wirtschaftslage (60 %). Dann folgt die Angst vor der eigenen Pflegebedürftigkeit (52 %). Drei dieser fünf Themen berühren Zukunftsängste.

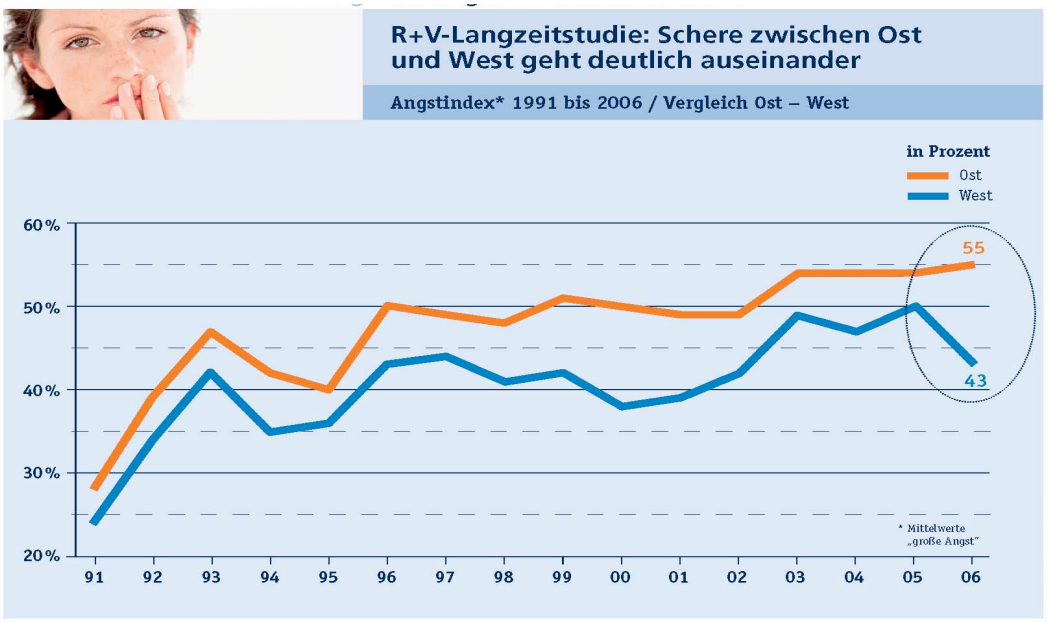
Abbildung 6: Die 7 größten Ängste der Deutschen 2006



Freilich sind einige Ängste gesunken, beispielsweise die Angst, schwer krank oder pflegebedürftig zu werden. Am stärksten zurückgegangen ist die Furcht, den eigenen Job zu verlieren, mit einem Minus von 14 Prozentpunkten. Leicht rückläufig ist in diesem Jahr auch die Angst vor Terrorismus, sie bleibt jedoch mit 41 Prozent auf einem hohen Niveau.

Während die Stimmung sich im Westen Deutschlands deutlich verbessert hat, steigt der Angstindex im Osten auf den höchsten Stand seit Beginn der Befragung vor 15 Jahren.

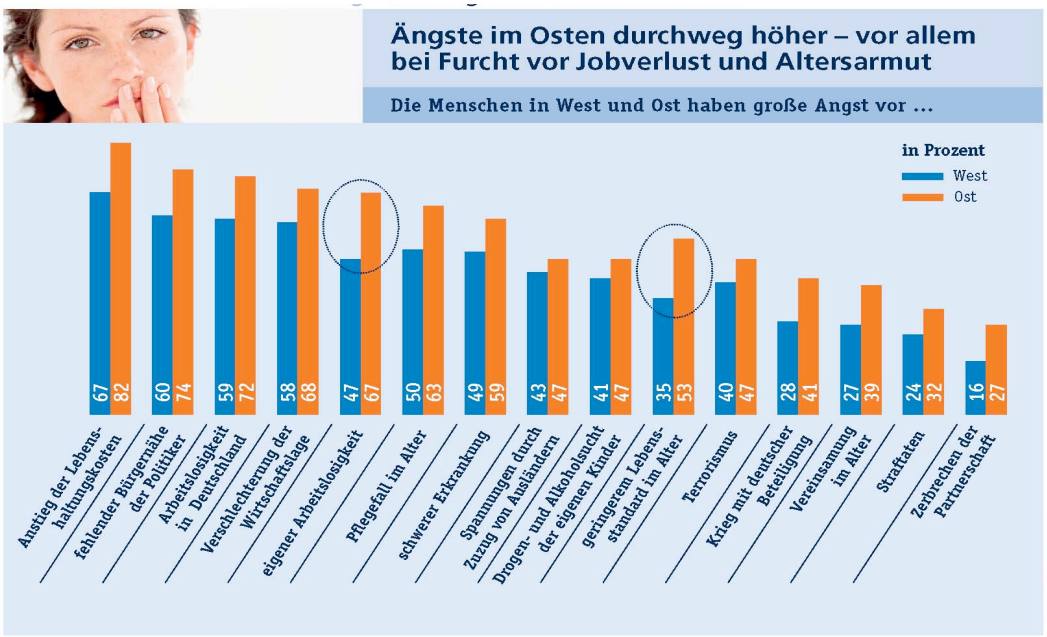
Abbildung 7: Schere zwischen Ost und West geht auseinander



Quelle: R+V 2006

Dieses Ergebnis spiegelt die Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern wider: Beim Thema eigene Arbeitslosigkeit trennen Ost und West 20 Prozentpunkte (67 Prozent gegenüber 47 Prozent), bei der Angst vor geringerem Lebensstandard im Alter sind es 18 Prozentpunkte, beim Anstieg der Lebenshaltungskosten 15 Prozentpunkte. Und auch die Kritik an Politikern ist im Osten mit 14 Prozentpunkten Unterschied deutlich stärker ausgeprägt.

Abbildung 8: Ost-West-Vergleich aller Ängste



Quelle: R+V-Versicherung 2006

Die Befragung zeigt weiter, dass Menschen zuversichtlicher in die Zukunft blicken, die

- über ein hohes Haushaltseinkommen verfügen,
- Wohneigentum besitzen,
- einer Religionsgemeinschaft angehören
- oder sich sehr häufig im Internet informieren.

Diese Merkmale sind bei den Bürgern in den neuen Bundesländern unterdurchschnittlich repräsentiert.

Weitere Ergebnisse der R+V-Studie in Kurzform:

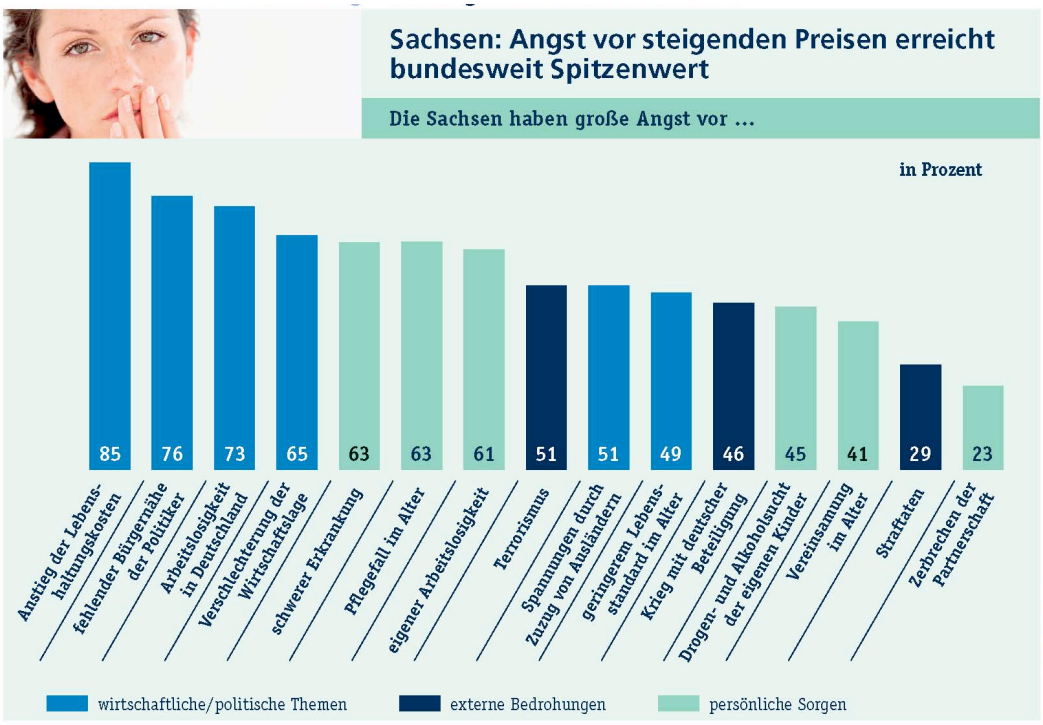
– Frauen sind ängstlicher als Männer.

– Berufseinsteiger, junge Paare und Eltern zwischen 20 und 39 Jahren haben die größten Ängste. Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren sowie über 60-jährige sind deutlich gelassener.

– Bildung schützt offenbar vor Angst: Menschen mit Abitur und/oder abgeschlossenem Studium sind zuversichtlicher.

Da dieser Vortrag in Dresden gehalten wird, ein kurzer Blick speziell auf die Ängste der Menschen in Sachsen.

Abbildung 9: Die Sachsen haben große Angst vor ...



Quelle: R+V-Versicherung 2006

Zum Schluss dieses Abschnitts möchte ich neueste Zahlen aus dem jährlich veröffentlichten Eurobarometer der Europäischen Union zitieren.[11] Einerseits sind Ostdeutsche (73 %) und Westdeutsche (83 %) zufrieden mit ihrem Leben. Am unzufriedensten sind die 40- bis 54-jährigen Ostdeutschen (nur 65 % zufrieden).

58 % der Ostdeutschen und 63 % der Westdeutschen glauben nicht, dass sich ihr Leben bemerkbar verändern wird. Aber gut 45 % der Deutschen glauben, dass sich *die Dinge zum Schlechteren* verändern werden. Aus einer weiteren Frage ergibt sich, dass 39 % der Ostdeutschen und 25 % der Westdeutschen erwarten, dass sich *ihr persönliches Leben* in den nächsten fünf Jahren verschlechtert. Mit nur 25 % echten Optimisten unter uns rangiert die Bundesrepublik am untersten Ende der EU-Skala, die Deutschen sind das pessimistischste Volk der gesamten EU. Die Deutschen sind auch überdurchschnittlich unzufrieden mit der Demokratie in der Europäischen Union, sie glauben nicht, dass ihre Stimme zählt. Besonders die Ostdeutschen sind zudem unzufrieden mit der deutschen Demokratie – nur 34 % der Ostdeutschen bejahen diese Staatsform (im Vergleich zu 60 % der Westdeutschen), ein etwas beunruhigendes Ergebnis.

4 Das Verlangen nach Sicherheit

Ob Kriminalität, Rechtsradikalismus und Arbeitslosigkeit: Immer mehr Menschen haben das Gefühl, ihre Existenz werde unsicherer und gefährdeter. Neuerdings tritt der islamische Terrorismus zur Gefährdungslage hinzu. Von Hermann Lübbe, emeritierter Professor für Philosophie und politische Theorie in Zürich, stammt die These: Unsere Unsicherheit wächst, weil „die schwarze Wand der Zukunft immer näher auf uns zurückt“.[12] Er meint damit, es habe noch nie eine Zivilisation gegeben, die über die Zukunft, die ihr bevorsteht, weniger gewusst hätte als unsere eigene. Die Planung der Zukunft werde immer schwieriger, weil a) die Menge der unsere Lebenssituation betreffenden Ereignisse immer größer wird und b) wir immer weniger Einfluss auf diese Ereignisse haben.

Lübbe führt dazu aus: Was immer das Leben früherer Generationen belastet haben mag, man konnte über die Zukunft ungleich Verlässlicheres sagen als heute. Es passierte einfach viel weniger, man konnte annehmen, dass die Lebenswelt in 10, 20 oder 30 Jahren in etwa die gleiche sein werde. Doch in der Neuzeit erhöht sich die Veränderungsgeschwindigkeit stetig. Die chronologisch überschaubare zukünftige Zeit nimmt ab, für die wir mit konstanten Lebensverhältnissen rechnen können. Grundsätzlich lässt sich die Zukunft einer komplexen verwissenschaftlichen Zivilisation nicht mehr voraussagen. Lübbe nennt dieses Phänomen „Gegenwartsschrumpfung“.

---

[11] Eurobarometer 65 (2006) National Report Executive Summary Germany, Spring 2006 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de_exec.pdf

[12] Lübbe, Hermann (1991) Die schwarze Wand der Zukunft, S.17-47

Wenn heute von nicht wenigen betont wird, dass in der DDR „nicht alles so schlecht war“, dann auch wegen der relativen Gemütlichkeit in der Nischenexistenz hinter dem Eisernen Vorhang. (Gleiches finden wir bei den alten West-Berliner Bürgern, die ihrer alten Inselstadt West-Berlin nachtrauern.) Die DDR wie der gesamte sogenannte Ostblock war eine sicherheitsorientierte Gesellschaftsordnung, die sich diese Sicherheit mit einer Einbuße an Autonomie bezahlen ließ. Diese Gesellschaften verweigerten Mobilität und damit Freiheit. Aber sie bediente das Verlangen nach Sicherheit.

Eine zunehmende Mobilität geht einher mit Touristen- und Flüchtlingsströmen, d.h. wir treffen immer häufiger Menschen, mit denen wir nicht in sozialen Zusammenhängen leben und von denen wir nur wenig real abhängig. Die Sozialbeziehungen werden anonymer, die soziale Kontrolle, die Gemeinschaften übereinander auszuüben vermögen, sinkt. Daraus folgt vielerlei, unter anderem sperrt man heute fast überall seine Wohnungstüren ab, denn auch Einbrecher sind mobil geworden. Vom erhöhten Sicherheitsbedürfnis profitiert die Sicherheits- und die Versicherungsbranche. Je besser es uns geht, desto mehr kann uns verloren gehen – selbst der Arbeiter hat heute wesentlich mehr zu verlieren als seine Ketten.

Und ein weiteres Paradoxon ist zu beobachten: Das Sicherheitsverlangen wächst mit der Höhe des bereits erreichten Sicherheitsniveaus, mit steigender Wohlfahrt wachsen die Empfindlichkeiten gegen Einbußen an Sicherheit. Die seit der Wende erlebten und oft genug durchlittenen eineinhalb Jahrzehnte haben dem Sicherheitsbedürfnis ein immer größeres Gewicht gegeben. Die Sicherheit vor Kriminalität und Terrorismus wird genauso verlangt wie die Sicherheit vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg oder die Sicherheit vor technischen und natürlichen Katastrophen.

Es fällt dabei auf, dass es sich durchgängig um eine negativ definierte „Sicherheit vor ...“ etwas handelt, nicht um eine positiv definierte „Sicherheit für ...“ etwas, für mehr Freiheit, mehr Autonomie, mehr Lebensfreude beispielsweise. Allenfalls das Verlangen nach sicher steigenden Löhnen und Renten ist eine Sicherheit, die nicht ein weniger (an Gefährdung und Gefahr), sondern ein Mehr verlangt.

Adressat des Sicherheitsverlangens ist „der Staat“. Repräsentanten dieses Staates folgen dem Sicherheitsbedürfnis in der Erwartung von Zustimmung und Folgebereitschaft. Die Illusion restloser Sicherheit bezeichnet der Soziologe Wolfgang Sofsky (Göttingen/Erfurt) als eine Hauptsäule politischer Herrschaft.[13]

Die Folgen der Sicherheitsanspruchsinflation sind chronische Haushaltsdefizite, Ressourcenvergeudung, steigende Steuer- und Abgabenlasten, eine hohe Arbeitslosigkeit und lähmende Verteilungskämpfe. Die Erwartungen an Sicherheit wachsen dabei ins Unrealistische. „Der Staat“ oder „die Politiker“ sollen Arbeitsplätze garantieren oder sichern helfen, obwohl es *Unternehmer* sind, die einstellen und entlassen (nicht Politiker). Unglücke wie der ICE-Unfall in Eschede oder die geradezu biblische Katastrophe des Hurrikans *Katrina* in New Orleans werden benutzt, um von Verantwortlichen vollständigen Schadenersatz zu fordern. In der westlichen Welt ist Dank aggressiver

Rechtsanwälte kaum noch jemand bereit, ein Unglück als Schicksal hinzunehmen und eine Notlage als Ansporn anzunehmen.

Das hitzige Verlangen nach völliger finanzieller Absicherung bei Arbeitsplatzverlust oder nach vollständiger finanzieller Kompensation im Schadensfall korrespondiert mit lebensfremden Versprechungen von Politikern - etwa dergestalt, dass „die Renten sicher“ seien, es im Osten „blühende Landschaften“ geben werde, niemand nach der Katastrophe schlechter dastehen solle als vorher oder dass New Orleans schöner denn je erstehen werde. Diese verschobenen, um nicht zu sagen ver-rückten Verantwortungsmaßstäbe haben ihr Gegenstück in der jahrzehntelang geübten Haltung, für alles Ungemach zuerst staatlichen Stellen die Schuld zu geben. Der Staat ist – wie 2005 der Nobelpreisträger James Buchanan in einem Interview sagte – für viele an die Stelle Gottes getreten: Von ihm erwarten sie ihr Heil. Und sie machen ihn zugleich verantwortlich für jegliches Unheil. Beispiele dafür gibt es genug. Der Feuerwehr wird rituell vorgeworfen, zu spät zu kommen, für Kindesmisshandlungen werden Versäumnisse des Jugendamtes angeprangert, an den Gewaltexzessen im Irak seien die amerikanischen Besatzer, insbesondere George W. Bush schuld etc. Da der Staat das überbordende Sicherheitsverlangen nicht befriedigen kann, wird er vom Hort des Schutzes zu einer Quelle der Unsicherheit und zum Gegenstand der Ablehnung, gar des Hasses.

In abstracto stellen die Deutschen die Freiheit hoch. Aber sobald es um die praktischen Konsequenzen dieses Freiheitsstandpunktes geht, verzagen viele Deutsche (nicht alle) und nehmen den Standpunkt der Sicherheit ein.[14] Der Staat muss sich nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit der Bürger um Wirtschaft, Arbeit, Preise, Schulen, Wohnungen, Universitäten, Polizei, Strafvollzug, Kindergärten, Geburtenrate, Verkehrsmittel, Müllabfuhr, Straßenbau und vieles mehr kümmern. Nach den Resultaten der Glücksforschung ist das Glücksgefühl freilich eine Prämie für die Überwindung von Problemen *durch eigene Kraft*. Darum kann es nicht überraschen, dass der ausgebaute deutsche Sozialstaat nicht mit einem gesteigerten Glückempfinden und auch nicht mit einem gesteigerten Sicherheitsempfinden quittiert wird.

Derartige Entwicklungen sind geeignet, das Vertrauen in Politik und Politiker aufzuweichen (natürlich gibt es noch weitere Faktoren, auf die hier nicht eingegangen werden kann), wie auch Politiker selbst vieles tun, ihre eigene Glaubwürdigkeit zu untergraben. Die oben zitierten Umfrageergebnisse belegen ja nicht nur einen gering ausgeprägten Optimismus, sondern auch ein schrumpfendes Vertrauen in Politiker und in die Demokratie unseres Landes.

---

[13] Sofsky, Wolfgang (2006) Das Prinzip Sicherheit. Frankfurt/Main

[14] Petersen, Thomas/Mayer, Tilmann (2005) Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel? Freiburg

5 Die Notwendigkeit des Vertrauens

Aus diesen Überlegungen leite ich eine „Notwendigkeit des Vertrauens“ ab, genauer gesagt die Notwendigkeit, sich des Vertrauens immer wieder zu vergewissern und dieses aktiv herzustellen.

Was ist Vertrauen?

Unten jenen Soziologen, die sich mit dem allgegenwärtigen gesellschaftlichen Phänomen des Vertrauens befasst haben, möchte ich heute einen herausgreifen: Niklas Luhmann, der sich bereits 1968 in einer lange Zeit einsam dastehenden Monografie mit der Vertrauensproblematik befasste.[15]

Luhmann postuliert: *Vertrauen ist eine soziale Ressource, die dazu beitragen kann, ein koordiniertes Handeln unter Bedingungen weitgehender Anonymität zu ermöglichen*.

Luhmanns These von der komplexitätsreduzierenden Natur des Vertrauens bedeutet, dass wir alle im Rahmen einer differenzierten Gesellschaft immer weniger über immer mehr andere wissen, mit denen wir gleichwohl auf die eine oder andere Weise in Kontakt treten. Vertrauen hilft uns dabei, die unter der Bedingung weitgehender Anonymität drohenden Risiken auszublenden und Interaktionen erwartbar weiterlaufen zu lassen. Als Vertrauende denken wir nicht über das Vertrauen nach, aber nach Unterbrechung oder Störung des Vertrauens wird diese interaktionelle Ressource in Frage gestellt: Wie konnte ich nur so vertrauensselig sein? Es geht um eine *stillschweigend* begleitende Interaktionsressource, eine weitgehend unthematisch bleibende Hintergrundannahme sozialen Handelns, ebenso wie um das *reflektierte* Vertrauen in Personen, Institutionen oder organisatorische Regelungs- und Steuerungszusammenhänge.

Man kann unterscheiden zwischen Personen- und Systemvertrauen. Personenvertrauen ist dabei natürlich das Vertrauen in bestimmte Personen, Systemvertrauen das Vertrauen in das zuverlässige Funktionieren von Institutionen und ihren Kommunikationsmedien. Das klingt abstrakter als es ist.

Nehmen Sie „Personenvertrauen“; Die Entwicklungspsychologie postuliert, dass das frühe „Urvertrauen“ zwischen Eltern und Kindern ein Bedürfnis nach Vertrauen schafft, das mehr oder weniger ausgeprägt das ganze Leben lang bestehen bleibt.[16] Beim „Systemvertrauen“ nehmen Sie „Geld“ als Beispiel: Bei jeder Überweisung vertrauen Sie auf, dass das Geld zuverlässig ankommt; wenn Sie Online-Banking betreiben, vertrauen Sie implizit, dass ihre geheimen Kontodaten nicht missbraucht werden. Und ganz im Hintergrund schlummert das Vertrauen in jene nationalen und internationalen Institutionen, die die Geldwertstabilität garantieren. Zudem zeigen Sie Vertrauen in die Kontinuität einer Vielfalt von Verwendungschancen für eben dieses Geld.

---

[15] Luhmann, Niklas (1968) Vertrauen: ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart, 4. Auflage 2000

[16] Erikson, Erik (1973) Identität und Lebenszyklus; Giddens, Anthony (1995) ; Bowlby, John (2005) Frühe Bindung und kindliche Entwicklung

Jeder ist auf das Spezialwissen und -können vieler anderer angewiesen, das ihm oftmals nicht transparent ist und dass er sich allein schon aus Zeitgründen auch nicht aneignen kann. Deshalb muss jeder auch Vertrauen in dieses Spezialwissen und -können anderer ausbilden. Wer sein Auto in die Werkstatt bringt, erwartet, dass es anschließend wieder fährt, und hofft, dass die Rechnung nicht unangemessen hoch ausfällt. Sonst ist das Vertrauen in diese Werkstatt zerstört.[17] Ähnliches gilt für Wissenschaft und Politik: sie dürfen das ihr entgegengebrachte Vertrauen nicht dadurch verscherzen, dass sie zu hohe Erwartungen wecken. Die Gentechnik wie die Kerntechnik leiden bis heute nicht zuletzt daran, dass ihre Protagonisten vor allem in der Gründungsphase Dinge versprochen haben, die sie nicht einlösen konnten. In den siebziger Jahren wurde von namhaften Molekularbiologen die Utopie in die Welt gesetzt, genetisch bedingte Krankheiten könnten bis zum Jahre 2000 geheilt werden. In den 50er Jahren versprachen sich Politiker (auch die von der SPD) die Lösung aller Energieprobleme durch Kernenergie. Solche falschen oder übertriebenen Versprechungen fallen früher oder später den Protagonisten auf die eigenen Füßen und rufen die Gegner von Wissenschaft und Demokratie auf den Plan.

Zurück zu Luhmann. Er stellt fest, dass Menschen durchaus mit Misstrauen leben können. Wer der Vertrauensnotwendigkeit nicht zustimmt, erschüttert die gemeinschaftliche Weltsicht nicht, sondern schließt sich dadurch erst einmal selbst aus der – wie er es nennt – „vernünftigen Menschheit“ aus. (An dieser Stelle muss unerörtert bleiben, was Luhmann unter der „vernünftigen Menschheit“ versteht.) Vertrauen setzt Vertrautheit voraus, d.h. Vertrautheit mit jeglicher Form von Kommunikation zwischen Menschen. Vertrauen ist also nur in einer vertrauten Welt möglich; es bedarf einer Geschichte als Hintergrund. Man kann nicht ohne jeden Anhaltspunkt und ohne alle Vorerfahrungen Vertrauen schenken. Vertrauen ist eine Folgerung aus der Vergangenheit, es überzieht die Informationen, die es aus der Vergangenheit besitzt und riskiert eine Bestimmung der Zukunft.

Im Akt des Vertrauens wird die Komplexität der zukünftigen Welt reduziert, indem ich mich in Handlungen und Bezüge einlasse, die ich nicht völlig überschaue. Der vertrauensvoll Handelnde engagiert sich so, als ob es in der Zukunft nur verlässliche Möglichkeiten gäbe. Der Vertrauende macht damit den anderen Menschen das Angebot einer gemeinsamen Zukunft, die sich nicht unbedingt aus einer gemeinsamen Vergangenheit ergibt, sondern der Zukunft gegenüber etwas Neues enthält. Er legt sich in der Gegenwart auf eine Zukunft fest. Demzufolge ist Vertrauen immer in die Zukunft gerichtet.

Luhmann fasst aufgrund seiner vorausgegangenen Darlegungen das Problem des Vertrauens nunmehr bestimmter als *Problem der riskanten Vorleistung*. Andere Menschen können zu jedem beliebigen Zeitpunkt aus verschiedenen Handlungsmöglichkeiten frei wählen. Vertrauen ist die generalisierte Erwartung, dass der andere seine Freiheit, das „unheimliche Potential seiner Handlungsmöglichkeiten“, im Sinne von wechselseitigem Nutzen handhaben wird. Der Einzelne muss jedoch hier und jetzt handeln, in einem

[17] im Augenblick (2006) läuft eine Kampagne www.werkstattdesvertrauens.de

kurzen Augenblick, der nur wenig Komplexität zulässt, was schlimmer klingt, als es ist, denn Vertrauen erfordert keinen unnötigen Bewusstseinsaufwand, wenn die Erwartungen nahezu sicher sind. Doch theoretisch setzt sich jeder Handelnde der Möglichkeit eines Vertrauensbruchs aus; im Vertrauen neutralisiert man gewisse Gefahren, die nicht ausgeräumt werden können, die aber das Handeln nicht irritieren sollen. Der Vertrauende geht in Vorleistung, der Partner reagiert hoffentlich in der erwarteten Weise. Vertrauenswürdig ist, wer bei dem bleibt, was er bewusst oder unbewusst über sich selbst mitgeteilt hat. Einer vertraut dem anderen vorläufig, und beide haben auf Grund solchen Vertrauens größere Chancen, tatsächlich erfolgreich zu sein. Der Prozess erfordert einen beiderseitigen Einsatz und kann nur dadurch erprobt werden, dass sich beide Seiten auf ihn einlassen. Vertrauen kann jedoch auch unbedacht, leichtsinnig, routinemäßig erwiesen werden. Das erste Vertrauen findet seine erste Bewährung wie gesagt in der Familie, die durch besondere Vertrauensleistungen der Familienmitglieder weitgehend entkompliziert sein sollte. Da sich das ganze Leben hindurch aufgrund neuer Situationen und neuer Menschen immer wieder neue Vertrauensprobleme stellen, ist dieser Lernvorgang natürlich nicht abgeschlossen.

Luhmann stellt fest, dass Misstrauen nicht nur das Gegenteil von Vertrauen ist, sondern als solches zugleich ein funktionales Äquivalent für Vertrauen. Auch Misstrauen reduziert die Komplexität der Welt, oftmals drastischer als eine Vertrauenshaltung. Wer misstraut, verengt die Informationen, auf die zu stützen er sich getraut. Er wird von weniger Informationen stärker abhängig. Vertrauen ist so gesehen psychologisch der leichtere Weg. Vertrauensverluste müssen nicht notwendigerweise in Misstrauen münden, sondern können Gleichgültigkeit, Indifferenz oder Verdrossenheit nach sich ziehen.

Luhmann fasst seine Überlegungen zusammen, indem er konstatiert, dass *persönliches Vertrauen* unter Zivilisationsbedingungen zu einer Art von *Systemvertrauen* wird. Familiäres Urvertrauen entfaltet sich unter günstigen Bedingungen zum Vertrauen in die Fähigkeit von Systemen, Zustände oder Leistungen konstant und erwartbar zu halten. Da die gesellschaftlich verfügbare Komplexität überwältigend groß ist, kann der einzelne sie nur nutzen, wenn sie ihm in schon reduzierter, vereinfachter Form angeliefert wird. Dieses Vertrauen kann in einer hochkomplexen Umwelt nicht mehr durchgängig persönliches Vertrauen sein, obwohl auch diese Form zum Beispiel in Gestalt des befreundeten Hausarztes, in Form von kleinen Vereinen oder in Form der Nachbarschaftshilfe noch existiert.

Fest steht, dass der Vertrauensbedarf zugenommen hat. Das liegt wesentlich daran, dass der Anteil an unseren Wissensbeständen, die wir ungeprüft übernehmen und einfach glauben müssen, heute sehr viel größer ist als in früheren Zeiten. Herbert Simon, der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1978, hat Berechnungen angestellt, nach denen um 1900 etwa 20 Prozent des menschlichen Wissens aus zweiter Hand stammten. Wissen aus zweiter Hand meint ein Wissen, dass wir nur durch andere vermittelt bekommen haben und nicht selbst nachprüfen können. Heute ist der Anteil des Wissens aus zweiter Hand auf schätzungsweise 70% gestiegen. Ob das, was wir

im Fernsehen über die Kriege in Jugoslawien oder die Grüne Gentechnik gezeigt bekommen, den Tatsachen entspricht, entzieht sich zunächst einmal weitgehend oder gänzlich unserer Nachprüfung. Das heißt, hier sind wir auf Vertrauen angewiesen.

Wir können gar nicht anderes tun, als denjenigen, die uns diese Nachricht vermitteln, entweder Glauben zu schenken, ihnen gegenüber indifferent oder uninteressiert zu bleiben oder ihnen unser Misstrauen entgegenzubringen. So formulierte es der Risikoforscher Ortwin Renn (Akademien für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Stuttgart), der sich mit dem (anscheinenden) Verlust des Vertrauens in der Wissenschaft beschäftigte.[18] Ich sehe allerdings noch eine dritte Möglichkeit, nämlich das „in der Schwebe halten". Das bedeutet, eine Nachricht mit Vorbehalt anzunehmen und, wenn mir diese Nachricht relevant erscheint, bei Gelegenheit aus anderen Quellen nachzuprüfen. Wir in den westlichen Ländern haben dazu durchaus ausreichende Möglichkeiten.

Richtig aber ist, dass der Umstand des anwachsenden Wissens aus zweiter Hand zu einer generellen Erhöhung des Bedarfs an Vertrauen führt. Damit erhöht sich gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit, dass es in dem Prozess der Vertrauensbildung zu Fehlern kommt und dass das Misstrauen ansteigt. Politik, Medien und Wirtschaft haben dies erkannt und werben aktiv um Vertrauen. Das verstärkte Werben um Vertrauen und eine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber tatsächlichem oder möglichem Missbrauch von Vertrauen bedingen sich gegenseitig.

Vertrauensbildung spricht Emotionen an, Gefühle spielen in diesem Bereich eine weitaus größere Rolle als eine rationale Argumentation. Emotionen aber lassen sich wenig beeinflussen, die Wirkung rationale Argumentation ist gering. Sie ist mühselig, jedoch nicht aussichtslos. Ortwin Renn plädiert dafür, Institutionen zu schaffen, die unterschiedlichen Subkulturen miteinander ins Gespräch bringen um zu verhindern, das Expertengruppen im eigenen Saft schmoren und nicht mehr im Dialog mit der Gegenseite stehen. Ob das gelingt?

Denn vertrauensbildende Maßnahmen sind keine Einbahnstraße. Sie erfordern die intensive Mitarbeit desjenigen, dem Vertrauen vermittelt werden soll: er muss bereit sein, Tatsachen, die ihm vorgelegt werden, überhaupt zur Kenntnis zunehmen; er muss zu einer rationalen und sachbezogenen Diskussionen willens und in der Lage sein; schließlich muss er wissen, welche alternativen Lösungen für eine politisches, soziales, technisches oder wissenschaftliches Problem bestehen und wie diese Alternativen gegeneinander abgewogen werden können. Alle Maßnahmen zur Gewinnung von Vertrauen erfordern intensive Arbeit, und zwar auf beiden Seiten.

Allerdings ist zu befürchten, dass die Zahl jener Laien gering bleibt, die sich der Mühe unterziehen werden, differenziert abzuwägen und am Schluss dieses Prozesses Vertrauen zu entwickeln. Das Misstrauen in die Wissenschaft – wir sind noch bei Ortwin

---

[18] Renn, Ortwin (1995) Forschung und Technik im Verständnis der Öffentlichkeit. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Der schrumpfende Freiraum der Forschung. Berichte und Mitteilungen, Heft 1: S.209-247, München

Renn –, wie es sich in Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen und Parteien artikuliert und wie es sich in fundamentalistischen Aktionen beispielweise gegen Grüne Gentechnik äußert, scheint für eine aktive Mehrheit befriedigender und auch weniger anstrengend zu sein als ein anspruchsvoller, rational gesteuerter Prozess der Vertrauensbildung.

Zum Vertrauen gehören Offenheit, Aufnahmebereitschaft, Authentizität und Anpassungsfähigkeit, doch das relative Gewicht der Faktoren, die Vertrauen beeinflussen, lässt sich nicht präzise ausdrücken, was auch bedeutet, dass es schwer ist, konkrete Techniken zur Vertrauensbildung zu entwickeln. Offenheit bedeutet, die Argumente der Gegenseite aufzunehmen und zu verarbeiten. Verarbeitung ist aber nicht dasselbe wie Anpassung, denn die Anbiederung an Zeitgeist, den „Druck der Straße“, an aufgeregte Aktionen und an populistische Forderungen sind zweifelsohne eher kontraproduktiv. Auch von der Politik werden Führungseigenschaften erwartet, und oftmals will es mir erscheinen, dass Politiker in Verantwortung klüger und vorausschauender handeln als medial erfolgreiche Akteure mit ihren Partikularinteressen. Politiker und andere Entscheider sind gut beraten, ihr Handeln nicht kurzatmig nach den Quoten aus demoskopischen Umfragen zu richten.

In demokratischen Gesellschaften reichen weder Macht noch Geld noch Vertrauen für sich allein genommen aus, um politisch bindende Entscheidungen durchsetzen zu können. Dazu bedarf es außerdem der Autorität im wohlverstandenen Sinne, des sozialen Prestiges, der Evidenz (Nachweislichkeit, Belegbarkeit) und der Wertverpflichtung, alles Kategorien, die mehr oder weniger austauschbar sind. Folglich können sich verschiedene Gruppen – wie Greenpeace, die chemische Industrie, die Landtage, die Parteien usw. – nur dann politisch durchsetzen, wenn sie mehr als nur Macht und Geld als Ressourcen zur Verfügung haben, und sie können dies auch nur im Wege des Kompromisses. Zur Politikvermittlung und -durchsetzung gehört der Nachweis, das zentrale Werte und Gesetze nicht verletzt, dass reputable Personen oder Organisationen nicht übergangen werden und Offenkundiges nicht ignoriert wird. Eine weitere Ressource ist die Sympathie; wenn eine Gruppe überhaupt keine Sympathisanten findet, wird sie nichts durchsetzen können.

Ein wichtiger Faktor ist die Höhe des Organisationsgrades. Von der Organisationsfähigkeit hängt ab, ob es gelingt, das öffentliche Meinungsklima über längere Zeit zu bestimmen. Ferner kommt es darauf an, ob eine Gruppe die öffentliche Meinung zu mobilisieren vermag in Form von Demonstrationen oder Aktionen. Greenpeace ist in diesem Sinne hochgradig organisationsfähig. Die Qualität und Klugheit eines Politikers erweist sich gerade darin, dass er in einer Art Gratwanderung einzuschätzen vermag, ob das Mobilisierungspotenzial einer Gruppe groß genug ist, um sein politisches Überleben in irgendeiner Weise zu gefährden, oder ob es noch so klein ist, dass er gegenüber der Wählerschaft Standfestigkeit beweisen kann. Die Grenze der Zumutbarkeit von politischem Handeln muss immer wieder neue ausgemessen werden, beispielsweise in der Frage, wann ein Rücktritt fällig ist.

Demokratie hat viele Bedingungen; freie, geheime und gleiche Wahlen allein reichen bei weitem nicht aus, wie an den Wahlergebnissen im Gazastreifen, im Libanon oder im Irak schmerzlich deutlich wird. Hinzu kommen müssen funktionierende Elemente wie Gewaltenteilung, eine weitgehend korruptionsfreie Verwaltung, unabhängige Richter und Medien, freier Warenverkehr, Gleichberechtigung von Mann und Frau, gegenseitiger Respekt und nicht zuletzt Vertrauen. Die soziokulturellen Voraussetzungen der Demokratie sind vielfältig verschränkt, keine für sich allein ist hinreichend.

Es trifft einen Nerv der Zeit, wenn in der westlichen Welt der Niedergang des „sozialen Kapitals“ und der Verlust des Gemeinsinns beklagt werden. Die Ursachen dieser beunruhigenden Entwicklung sind nach Ansicht des US-amerikanischen Soziologen und Politologen Robert D. Putnam[19] die Verknappung von Zeit und Geld, d.h. sinkende Löhne, längere Arbeitswege, höhere Mobilität sowie ein privatistischer Gebrauch von Freizeit vor dem Fernsehgerät. Umgekehrt: Je vitaler die Gesellschaft, je ziviler ihre Umgangsformen, desto besser stehen die Chancen für gute Schulen, für die innere Sicherheit, für mehr Sauberkeit auf den Straßen, desto schlechter sind die Aussichten für Kriminalität, Drogenkonsum und Arbeitslosigkeit.

Aber wenn es darum geht, soziale Bindungen zu stiften, überhaupt Solidarität und Kohäsion zu fördern, finden wir uns in Verlegenheit. Die Hoffnung, dass Arbeitsplätze die löbliche Nebenwirkung haben, Solidarität zu stiften, wird in der Regel enttäuscht. Noch weniger ist von Arbeitslosen und jungen Menschen ohne Ausbildungsstelle zu erwarten, dass sie sozialen Zusammenhalt hervorbringen, obwohl gerade sie Zeit dazu hätten. Arbeitslose sind meist derart resigniert, dass sie sich weder für freiwillige soziale Tätigkeit noch für Jobs oder Ausbildung interessieren. Sie sind allenfalls *Ziel* sozialen Engagements, nicht ihre Träger.

Wo lassen sich Mittel gegen den Verlust von Zusammenhalt, Solidarität und Vertrauen finden? Die moderne Ökonomie hat – überschaut man die vergangenen 60 Jahre – Wohlstand geschaffen – Gemeinschaft und Sinn stiftet sie nicht. Ins Leere geht die Hoffnung, dass die „gute Gesellschaft“ sich von Staats wegen herstellen lasse. In der demokratischen Gesellschaft muss sozialer Zusammenhalt das Werk engagierter *Bürger* sein. Mit der Betonung des Wortes Bürger ist gemeint, dass nicht jeder zu einer bürgerschaftlichen Handlung fähig ist. Die Bedingungen dafür sind nicht leicht zu benennen und wenn, so rufen sie unweigerlich den abwehrenden Reflex der herrschende Gleichheitsrhetorik hervor, doch liegt es nahe, einen höheren Bildungsgrad, Beziehungen, Altruismus und Gemeinschaftsgefühl als gute Voraussetzungen anzunehmen.

Staatliche Verwaltungen können und sollen Gelegenheiten schaffen, sich zu engagieren und dazu die notwendigen Strukturen und ein wenig Geld bereitstellen. Angesichts des notwendigen und sich erst am Anfang befindenden Sozialabbaus sind wohltätige Dienste von unschätzbarem Wert, und auch die hilfeleistenden Personen selbst haben

[19] Putnam, Robert (2000) Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York

hiervon einen Nutzen. Soziales Engagement wirkt sich positiv auf die psychische Verfassung aus, allerdings nur, wenn es hinreichend gewürdigt wird.

Engagement schafft Bindung, ist aber selbst nur eine Facette von Vertrauensbildung und Bindungssicherheit. Diese Bindung kann religiöser oder spiritueller Natur sein, gemeint ist aber auch die „Bindung an sich selbst", also Urvertrauen, Selbstvertrauen durch introjizierte Familien- und Heimatbeziehungen[20], Partnerschaften, Freundeskreise, Bildung und selbstgesetzte wertvolle Aufgaben. Bindung und Vertrauen versetzen uns besser als alles andere in die Lage, die zunehmende Freiheit mit ihrer zunehmenden Verunsicherung zu ertragen.

Letztlich kann die Frage, wie es zur Konstitution von Vertrauen kommt, mit Niklas Luhmann und den anderen zitierten Autoren nicht abschließend beantwortet werden. Es gibt keine konzise Antwort auf die Frage nach der Vertrauenskonstitution. Fest steht jedoch, dass das Vertrauen ein Anthropinon ist, dass jeder Mensch ein angeborenes Bedürfnis nach Vertrauen, Sicherheit und Bindung hat und jeder aufgerufen ist, dieses Bedürfnis in sich und beim Nachbarn zu befriedigen.

6 Zusammenfassung

Die Deutschen haben Angst vor der Zukunft, vor Visionen, vor Entscheidungen, vor der Türkei, vor Krankheiten und vor allem vor Arbeitsplatzverlust. Ob diese Angst als deutsches Spezifikum existiert ist umstritten. Und doch spüren nicht wenige in Deutschland eine Verzagtheit, eine eingeschläferte Freiheitsfähigkeit, einen mangelnden Unternehmergeist, eine hypertrophe Versorgungserwartung an „den Staat" bei gleichzeitig gesteigertem Misstrauen eben diesem Staat gegenüber.

Wie sieht die Angst klinisch aus? Aus dem Bundesgesundheitssurvey 1998/99 und dessen Zusatzsurvey „Psychische Störungen" (N=4181) geht hervor, dass im Jahr der Erhebung 32 % (=15,6 Millionen) der erwachsenen deutschen Bevölkerung im Alter von 18-65 länger oder kürzer unter einer oder mehreren psychischen Störungen litten. 9% aller 18–65jährigen erfüllten zum Untersuchungszeitpunkt die Kriterien einer *Angststörung* (Phobien, spezifische Ängste, generalisierte Ängste, Panik). Frauen waren signifikant häufiger betroffen als Männer. Personen in den neuen Bundesländern weisen eine signifikant niedrigere Prävalenzrate auf! Die Auswirkungen derartiger Erkrankungen sind erheblich. Gesunde Menschen sind im Schnitt 10 Tage pro Jahr krank, Menschen mit psychischer Störung hingegen fallen 20 Tage pro Jahr aus. „Angst vor der Zukunft" kommt in der medizinischen Fachliteratur nicht vor, doch kann sie sich hinter einer generalisierten Angststörung oder einer Depression verbergen.

„Die Angst der Deutschen" ist seit 1992 regelmäßig wiederkehrendes Befragungsthema der R+V-Versicherung (Wiesbaden) (N=2400). Entgegen dem Gesundheitssurvey/Zusatzsurvey der Bundesregierung weisen bei der R+V-Befragung Personen in

[20] das äußere Bekräftigungssystem wird vom Individuum übernommen

den *neuen* Bundesländern eine deutlich *höhere* Angst-Rate auf, als die Bürger der alten Bundesländer („starke Angst“: 55 zu 43 %). Andererseits und erfreulicherweise: Das bundesdeutsche Angstniveau ist seit 2003 erstmals wieder gesunken. Erklärungen dafür sind die seit Herbst 2005 verbesserte wirtschaftspolitische Stimmung und die Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs in 2006. Furcht der Deutschen vor steigenden Preisen (70%) steht seit Jahren beinahe durchgängig auf Platz 1 der R+V-Befragung. Platz 2 belegt die „fehlende Bürgernähe“ von Politikern, Platz 3 die Angst vor Arbeitslosigkeit. Laut Eurobarometer der Europäischen Union rangiert das deutsche Volk mit nur 25 % echten Optimisten am untersten Ende der EU-Skala, die Deutschen sind das pessimistischste Volk der EU. Und nur 34 % der Ostdeutschen bejahen die Demokratie, im Vergleich zu 60 % der Westdeutschen.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die Kriminalität und die Arbeitslosigkeit: Immer mehr Menschen haben das Gefühl, ihre Existenz werde unsicherer und gefährdeter. Unsicherheit wächst, weil „die schwarze Wand der Zukunft immer näher auf uns zurückt“ (Hermann Lübbe). Grundsätzlich lässt sich die Zukunft einer komplexen verwissenschaftlichen Zivilisation nicht mehr voraussagen. Das Sicherheitsbedürfnis steigt, paradoxer Weise wächst das Sicherheitsverlangen mit der Höhe des bereits erreichten Sicherheitsniveaus. Die Illusion restloser Sicherheit bezeichnet der Soziologe Wolfgang Sofsky (Göttingen/Erfurt) als eine Hauptsäule politischer Herrschaft. So gut wie niemand mehr ist bereit, ein Unglück als Schicksal hinzunehmen. In abstracto wird Freiheit hoch geschätzt, doch sobald es um die praktischen Konsequenzen dieses Freiheitsstandpunktes geht, verzagen die Deutschen und nehmen den Standpunkt der Sicherheit ein. Doch der ausgebaute deutsche Sozialstaat wird nicht mit einem gesteigerten Glückempfinden quittiert.

Umfrageergebnisse belegen nicht nur einen gering ausgeprägten Optimismus, sondern auch ein schrumpfendes Vertrauen in Politiker und in die Demokratie. Nach Niklas Luhmann ist *Vertrauen eine soziale Ressource, die dazu beitragen kann, ein koordiniertes Handeln unter Bedingungen weitgehender Anonymität zu ermöglichen*. Vertrauen hilft uns, potentielle Risiken auszublenden und Interaktionen weiterlaufen zu lassen. *Jeder* ist auf das Spezialwissen und -können vieler anderer angewiesen, das ihm oftmals nicht transparent ist und dass er sich allein schon aus Zeitgründen auch nicht an eigenen kann. Deshalb muss jeder auch Vertrauen in dieses Spezialwissen und -können anderer ausbilden. Wissenschaft und Politik dürfen das ihr entgegengebrachte Vertrauen nicht durch zu hohe Erwartungen verscherzen. Im Akt des Vertrauens wird die Komplexität der zukünftigen Welt reduziert, indem ich mich in Handlungen und Bezüge einlasse, die ich nicht völlig überschaue. Demzufolge ist Vertrauen immer in die Zukunft gerichtet. Einer vertraut dem anderen vorläufig, und beide haben auf Grund solchen Vertrauens größere Chancen, tatsächlich erfolgreich zu sein.

Der Vertrauensbedarf hat zugenommen. Das liegt daran, dass der Anteil an Wissensbeständen, die wir ungeprüft übernehmen und einfach glauben müssen, heute sehr viel größer ist als in früheren Zeiten. Bei jeder „Information aus zweiter Hand“ sind wir darauf angewiesen, dass sie stimmt. Das verstärkte Werben um Vertrauen und eine er-

höhte Empfindlichkeit gegenüber tatsächlichen oder möglichen Missbrauch von Vertrauen bedingen sich gegenseitig. Vertrauensbildende Maßnahmen sind keine Einbahnstraße. Sie erfordern die intensive Mitarbeit desjenigen, dem Vertrauen vermittelt werden soll.

In demokratischen Gesellschaften reichen weder Macht noch Geld noch Vertrauen für sich allein genommen aus, um politisch bindende Entscheidungen durchsetzen zu können. Dazu bedarf es außerdem der Autorität, des sozialen Prestiges, der Wertverpflichtung, der Sympathie und eines hohen Organisationsgrades.

In der westlichen Welt wird der Niedergang des „sozialen Kapitals“ und der Verlust des Gemeinsinns beklagt. Die Ursachen sind sinkende Löhne, längere Arbeitswege, höhere Mobilität sowie ein privatistischer Gebrauch von Freizeit vor dem Fernsehgerät. Wo lassen sich Mittel gegen den Verlust von Zusammenhalt, Solidarität und Vertrauen finden? In der demokratischen Gesellschaft muss sozialer Zusammenhalt das Werk engagierter *Bürger* sein. Letztlich kann die Frage, wie es zur Konstitution von Vertrauen kommt, mit Niklas Luhmann und den anderen zitierten Autoren nicht abschließend beantwortet werden.

Literaturverzeichnis

Eurobarometer 65 (2006) National Report Executive Summary Germany, Spring 2006 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de_exec.pdf

Kirsch, Guy (2005) Angst in Deutschland. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.10.2005, S.15

Lübbe, Hermann (1991) Die schwarze Wand der Zukunft, in: Mannheimer Gespräche – Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, München Zürich

Luhmann, Niklas (1968) Vertrauen: ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart, 4. Auflage 2000

Müller A (1991): Angstpatienten in der Allgemeinpraxis. Zeitschrift für Allgemeinmedizin 1991; 8: 447-453.

Perkonigg, A / Wittchen, HU (1995) Angst- und Panikerkrankungen. Gustav Fischer; Jena, Stuttgart

Petersen, Thomas/Mayer, Tilmann (2005) Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel? Freiburg

Putnam, Robert (2000) Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York

Renn, Ortwin (1995) Forschung und Technik im Verständnis der Öffentlichkeit. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Der schrumpfende Freiraum der Forschung. Berichte und Mitteilungen, Heft 1: S.209-247, München

Sofsky, Wolfgang (2006) Das Prinzip Sicherheit. Frankfurt/Main

Wittchen HU, Müller N, Storz S (1998): Psychische Störungen: Häufigkeit, psychosoziale Beeinträchtigungen und Zusammenhänge mit körperlichen Erkrankungen. *Gesundheitswesen 1998. Dez* 60 (Suppl 2): 95-101.

Wittchen, H.-U. Müller, N. Pfister, H. Winter, S. Schmidtkunz, B. (1999) Affektive, somatoforme und Angststörungen in Deutschland – Erste Ergebnisse des bundesweiten Zusatzsurveys „Psychische Störungen“ Gesundheitswesen 61 (1999) Sonderheft 2 S 216–S 222
http://www.psychologie.tu-dresden.de/i2/klinische/mitarbeiter/materialien/gesundheitswes-zusatzsurvey-1999.pdf

Weitere Informationen über psychische Krankheiten

Size and burden of mental disorders in Europe (EBC/ECNP):
http://www.psychologie.tu-dresden.de/i2/klinische/mitarbeiter/publikationen/jacobi-p/ebc-publications.html